

Auszug
aus dem Protokoll der
Sitzung des Sozialausschusses
vom 10.08.2021

Top 9.1 Antrag von der Fraktion die Linke

Frau Jasker stellt die Anträge vor.

Bezüglich des Antrages der Nutzungsgebühr weist Herr Fresch darauf hin, dass es sich bei der Nutzungsgebühr nicht um Mietverhältnis handelt. Die Unterstützung der Bewohner ist durch die neue Stelle, welche mit Frau Kölln-Tietje besetzt ist bereits umgesetzt.

Bezüglich des Antrages Der Unterkunft in der Bergstraße sagt Herr Waßmann zu, den Sachverhalt zu prüfen.

Fraktion DIE LINKE
c/o Irmgard Jasker
Hasenkamp 8
22880 Wedel
irmgard@jaskers.de
04103 - 3386

Wedel, 2021-08-09

An die Mitglieder des Sozialausschusses der Stadt Wedel zur Sitzung am 10. August 2021
- TOP Ö 9

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Wedel wird beauftragt zu erkunden, wie es Selbstzahlern in den städtischen Unterkünften möglich gemacht werden kann,

- eine dem geltenden Mietrecht entsprechende Gebühr für die Nutzung einer Notunterkunft zu entrichten,
- eine Kostensteigerung der Gebühr für eine Notunterkunft ebenfalls dem geltenden Mietrecht anzupassen,
- die notwendige Unterstützung zu bekommen, um alle entsprechenden Stellen zu ermitteln und anzusprechen, die sie finanziell unterstützen könnten.

Begründung:

Wenn eine Benutzungsgebühr von 21, 47 € pro Quadratmeter für eine Notunterkunft als rechtmäßig entsprechend dem Kommunalabgabengesetz (KAG) angesehen wird, muss eine Nachfrage nach dem sozialpolitischen Hintergrund bzw. eine Überprüfung möglich sein, weil ein solcher Preis über den üblichen Mietkosten liegt. Beispiel: Eine Wohnung der GKB Pinneberg im Hasenkamp 8 in Wedel kostet 11,22 € pro Quadratmeter, wenn man Betriebskosten, Heizungs- und Stromkosten mit einrechnet. Natürlich gibt es auch teurere Wohnungen, aber nicht im Bereich von 21,47 €/qm für sehr schlichte Wohnungen.

- Eine Erhöhung der Nutzungsgebühr um ca. 55 %, wie 2020 teilweise geschehen, entspricht ebenfalls nicht dem Mietrecht und wäre für eine reguläre Wohnung nicht zulässig.
- Die Bewohner der Unterkünfte im Bullenseedamm 1a in Wedel erhielten die Benachrichtigung über die Erhöhung der Nutzungsgebühr im September 2020, in der sie aufgefordert wurden, die ab 1. Juli 2020 in Kraft getretene Erhöhung auch rückwirkend ab dem 1. Juli zu entrichten.

Ein Bewohner - und wahrscheinlich nicht der einzige - erhielt zwar im Oktober den besagten Bescheid, reichte einen Widerspruch ein und wartete ab. Mit ihm wurde nicht gesprochen. Er erhielt nach einem Jahr den Bescheid, dass er über 2000 € nachzuzahlen hätte. Weil ich mit an die entsprechenden Stellen im Rathaus wandte, wird ihm jetzt geholfen.

Abschließend sei die Frage erlaubt, wie mit Menschen in den Unterkünften umgegangen werden soll. Dass dort niemand wohnt, der nicht nur erhebliche Wohnprobleme hat, sondern in der Regel auch sonst in Schwierigkeiten ist, weiß jeder. Ebenso ist bekannt, dass es in Wedel außerordentlich schwierig ist, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Letztlich ist es auch ein eindeutiger Diskriminierungsfaktor, in einer städtischen Notunterkunft zu wohnen. Auf dem Wohnungsmarkt wie auf dem Arbeitsmarkt erleben das Betroffene immer wieder. Deshalb ist das Bemühen aller Betroffenen, aus den Unterkünften herauszukommen. Die neu geschaffene Stelle für die Unterkünfte wird dabei wenig ausrichten können.

Fraktion DIE LINKE
c/o Irmgard Jasker
Hasenkamp 8
22880 Wedel
irmgard@jaskers.de
04103 - 3386

Wedel, 2021-08-09

An die Mitglieder des
Sozialausschusses der Stadt Wedel
nachrichtlich an den Fachdienst Gebäudemanagement

Sitzung am 10. August 2021 TOP Ö 9 Unterkunft Bergstraße

Der Sozialausschuss möge beschließen

die baldmögliche und fachkundige Reparatur der Treppenhaufenster in der
Unterkunft Bergstraße und Überprüfung und Beseitigung weiterer Mängel wie
Schäden an der Fassade, überfällige neue Farbgebung innen und außen,
Erneuerung der Briefkästen und Namensschilder.

Hintergrund des Antrages:

Auf Einladung der Familie Sander habe ich die Unterkunft in der Bergstraße besucht und mich über die Mängel informieren lassen. So gepflegt die Wohnung der Familie ist, so sehr stechen die Mängel im Hause hervor. Die Fenster im Treppemhaus werden nur noch dadurch am Rausfallen gehindert, dass Einwohner mit breiten Klebestreifen Scheiben und Rahmen befestigen. Das ist nur eines der sichtbarsten Zeichen des maroden Zustandes des ganzen Gebäudes. Selbst, wenn es in absehbarer Zeit abgerissen werden soll, muss etwas geschehen, solange in dem Hause so viele Familien leben müssen und das bei sehr hohen Kosten. Frau Kölln-Tietje hat sich ebenfalls ein Bild von dem schlimmen Zustand des Hauses gemacht und wollte es entsprechend weitergeben. Ich möchte mit diesem Schreiben dringend um Abhilfe bitten und das in absehbarer Zeit. Familie Sander berichtete u.a. von einer nötigen Instandsetzung in einer Nachbarwohnung, in der die Bewohner 10 Jahre auf die Reparatur warten mussten, nachdem ein Kostenvoranschlag der Reparatur-Firma eingereicht worden war. Notfalls sollten wir uns durch eine Begehung selbst einen Eindruck verschaffen und uns dann mit Nachdruck für die nötigen Arbeiten einsetzen.

Irmgard Jasker